

**Niederschrift über die öffentliche Sitzung
des Umweltschutzausschusses
vom 21.03.2019**

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:52 Uhr

Anwesend sind:

Entschuldigt fehlen:

TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen VorlNr.
Ladung und der Beschlussfähigkeit

Vorsitzende Dembowski eröffnet die Sitzung des Umweltschutzausschusses und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung und der dazu vorliegenden VorlNr.
Anträge

Vorsitzende Dembowski stellt die Tagesordnung mit den dazu vorliegenden Anträgen fest.

TOP 3 Genehmigung der Niederschriften vom 08.05.2018 und VorlNr.
22.10.2018

Die Niederschrift vom 22.10.2018 wird bei zwei Enthaltungen genehmigt.

Die Genehmigung der Niederschrift vom 08.05.2018 wird verschoben, da das Dokument im SessionNet nicht eingesehen werden könne.

TOP 4 Jährlicher Bericht des Landschaftswartes Manfred Radtke VorlNr.

Landschaftswart Radtke trägt einen umfassenden Jahresbericht über die Vielseitigkeit seiner Einsätze als Landschaftswart für Rotenburg vor. Die Bürger kämen mit unterschiedlichsten Anliegen auf ihn zu. Mit Rat und Tat übe er sein Amt mit Freude aus, insbesondere koordine er Anliegen und leite diese zur Klärung an die zuständigen Stellen weiter. Landschaftswart Radtke geht auf den bereits häufig zum Streit geführten Sachverhalt zur 3. Ände-

rung des Bebauungsplans Nr. 13 „Wiesenstraße – Pappelweg“ ein. Hier streite er sich seit Langem mit der Stadtverwaltung über die Anzahl der gefälltten Bäume im geschützten Landschaftsbestandteils „Gehölz zwischen Wiesenstraße und Am Föhrenhof“, und der damit verbundenen und für ihn nicht ausreichend hohen Anzahl an Ausgleichspflanzungen. Das Vorgehen sei für ihn auch nach ausgiebiger Diskussion nicht nachvollziehbar.

StOAR Bumann geht auf das Thema ein und erklärt, eine Anwohnerin habe zwischenzeitlich eine Petition initiiert, da sie der Ansicht sei, die Stadt habe bei der Änderung des Bebauungsplans naturschutzrechtswidrig ein Biotop für seltene heimische Tierarten überplant sowie vorhandene Bäume und Büsche unprofessionell beseitigt. Das Niedersächsische Ministerium für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz habe daraufhin eine detaillierte Prüfung des Verfahrens vorgenommen und eine Stellungnahme hierzu abgegeben. In dieser heiße es, im Ergebnis seien die städtebaulichen Erwägungen der Stadt Rotenburg (Wümme) nachvollziehbar und nicht zu beanstanden. Auf die Bauleitplanung, die die Gemeinden im Rahmen ihrer Selbstverwaltung und Planungshoheit wahrnehmen, sei der Landesregierung, soweit die rechtliche Anforderung eingehalten werden, eine Einflussnahme verwehrt. Es seien ausschließlich die kommunalen Gremien dafür verantwortlich, zu entscheiden, für welche Zwecke und zu welchem Zeitpunkt eine Fläche genutzt werden solle. Ein Anlass, fachaufsichtlich tätig zu werden, sei daher nicht ersichtlich.

Vorsitzende Dembowski gibt erfreut bekannt, sie habe sich in einem Gespräch mit Herrn Geist, Freiraumplaner der ausführenden Architektengruppe, umfänglich über die Außenplanung informiert. Der Übergangsbereich zwischen der Rasenfläche und dem geschützten Landschaftsbestandteil werde mit einer heimischen Flora bepflanzt, sodass der Übergang zur Waldfläche fließend erscheine.

NSB Quentin stellt anhand des Gestaltungsplanes die Planung der Grünanlage vor. Die Zusammenarbeit mit der Planungsgemeinschaft Nord sei lobenswert. Der Übergang zwischen der Rasenfläche und dem geschützten Landschaftsbestandteil werde einen waldähnlichen Charakter erhalten.

Landschaftswart Radtke geht auf ein weiteres Thema ein und äußert sich kritisch zum gegenwärtigen Zustand des Gehölzstreifens beim Gewerbegebiet Hohenesch Höhe der Firma Seico und bezieht sich auf einen Jahre zurückliegenden Ratsbeschluss. Demnach habe der Stadtrat beschlossen, eine artenreiche Baumhecke zu erhalten und den Gehölzstreifen bestehen zu lassen. Mittlerweile seien jedoch eine Vielzahl an Gehölze entfernt worden. Zudem habe er den Eindruck, dass Firma Seico einen Rasenstreifen entlang des Grundstückes angelegt habe um freie Sicht auf das Firmengelände zu erwirken. Dies sei mit dem Artenschutz nicht vereinbar.

Vorsitzende Dembowski gibt den Vorsitz an RF Kettenbug ab.

RF Kettenburg nimmt den stellv. Vorsitz an.

RF Dembowski berichtet, über dieses Thema habe sie aus der Presse und nicht im direkten Gespräch mit dem Landschaftswart erfahren und gibt sich enttäuscht. Inhaltlich stimme sie den Ausführungen vom Landschaftswart Radtke zu. Jedoch erinnere sie sich, dass bereits vor Jahren diese Kritik dem Stadtrat vorgetragen worden sei, zu einer Zeit, in der Landschaftswart Radtke selbst als Mitglied im Stadtrat aktiv gewesen war. Auch wenn damals beschlossen worden war, dass der Teilbereich wieder zuwachsen solle, sei dies leider nicht stringent überwacht worden. Weiter müsse man sich die Frage stellen, ob man bei dieser Angelegenheit der Wirtschaftsförderung oder dem Naturschutz eine größere Bedeutung zu spreche. Es könne einerseits durch das Aufstellen von Werbetafeln auf die Firmen aufmerksam gemacht und andererseits dem Artenschutz mit Hilfe einer Verdichtung des Grünstreifens entgegenkommen werden.

StOAR Bumann legt dar, vor zwei Jahren habe es einen Rückschnitt der Sträucher gegeben. Dies sei auf Anfrage der Firma Seico erfolgt, die den dichten Strauchbesatz des Pflanzstreifens bemängelt habe. Weiter sei festzustellen, dass für eine optimale Entfaltung des Strauchbewuchses ein Rückschnitt alle 2-3 Jahre ratsam sei. Im vergangenen Oktober ist die nachgewachsene Vegetation wieder eingekürzt worden. Weiter beteuere StOAR Bumann, sei der Rückschnitt gemäß Vorgabe des Bebauungsplans erfolgt. Die vom Landschaftswart Radtke beanstandeten Baumfällungen seien vermutlich vom Straßenbauamt Verden vorgenommen worden. Im zur Veranschaulichung dargestellten Foto sei eindeutig erkennbar, dass es sich um abgängige Gehölze gehandelt haben müsse.

RH Schwedesky ist der Auffassung, der vorgenommene Rückschnitt der Gehölze sei im dargestellten Rahmen vertretbar. Er frage sich dennoch, wo die Grundstücksgrenze verlaufe und wer für die Rasenpflege der Fläche zwischen Firmengelände und Gehölzstreifen zuständig sei.

Gartenbautechniker Mante erklärt, der Grünstreifen zwischen Firmengelände und Gehölzstreifen diene lediglich dazu, mit schwerem Gerät wie zum Beispiel einen Steiger, Arbeiten an den Gehölzen vornehmen zu können, ohne den Verkehr zu gefährden oder bei Arbeiten durch den Verkehr gefährdet zu werden.

StOAR Bumann merkt an, der Grünstreifen laufe entlang aller Grundstücksgrenzen. Er kündigt hierzu eine Antwort im Protokoll an.

Antwort im Protokoll:

Der Zaun stelle die Grundstücksgrenze der Firmengelände dar und befände sich ungefähr in einem Abstand von 5 m zur Gebäudegrenze. Der Grünstreifen habe eine durchschnittliche Breite von 25 m. Hiervon entfallen ca. 15-18 m auf den Gehölzstreifen (inkl. befahrbaren Grünstreifen für Pflegearbeiten) der Stadt Rotenburg (Wümme) sowie ca. 7 m auf das Straßenbegleitgrün des Niedersächsische Landesamt für Straßenbau und Verkehr.

TOP 5 Mitgliedschaft im Verein "Initiative CO2-Abgabe e. V.," Ratsantrag von Bündnis 90/ Die Grünen vom 21.09.2018

Vorl.Nr.
0462/2016-2021

Vorsitzende Dembowski gibt den Vorsitz an RF Kettenburg ab.

RF Kettenburg nimmt den stellv. Vorsitz an.

RF Dembowski geht auf den Sachverhalt gemäß Vorlage ein. Sie erinnert an den gutbesuchten Vortrag des Vereines „Initiative CO2Abgabe e.V, der am 22.01.2019 im Ratssaal des Rathauses stattfand. Die Materie sei nicht für jedermann verständlich gewesen. Das Thema Klimawandel sei allgegenwärtig spürbar und bedarf mehr denn je der ungeteilten Aufmerksamkeit aller Menschen. Bereits vor gut 5 Jahren sei die Stadt Rotenburg dem Klimabündnis beigetreten und zitiert zwei bemerkenswerte Sätze, die auf der damals überreichten Urkunde stünden: „langfristig bestreben wir eine Verminderung unserer Treibhausgasimmissionen an, alle fünf Jahre um 10 %. Wir verpflichten uns die Entwicklung unserer Bemühungen im Klimaschutz zu dokumentieren.“. Aus diesen Zielen sei außer bloßer Absichtserklärungen, nichts Weiteres erwachsen. Der Klimawandel sei eine beispielelose Herausforderung an die gesamte Menschheit. Das Weltwirtschaftsforum habe unlängst darauf hingewiesen, dass 5 der 6 größten Risikofaktoren für die Weltwirtschaft ökologische Ursachen haben. Aus diesem Grund sehe die Fraktion Bündnis 90 DIEGRÜNEN den Beitritt zur Initiative CO2Abgabe e.V. als einen geeigneten Weg an, durch die Entwicklung eines politischen Lenkungsinstruments,

den Ausstoß von klimaschädlichen Gasen in dem Maß zu senken, dass die Klimaerwärmung zumindest verlangsamt werde. Ein Beitritt wäre ein eindeutiges Signal für den Klimaschutz und erhöhe den politischen Druck in Berlin, eine CO₂ Abgabe einzuführen. Nebenbei erwähnt sei dies eine Idee des EU-Parlamentes aus dem Jahre 2009 gewesen, so RF Dembowski. In der Schweiz, Frankreich sowie in Großbritannien habe man diese Abgabe bereits erfolgreich eingeführt. Die Umsetzung wäre auch für Deutschland wünschenswert.

Bürgermeister Weber geht auf den Sachverhalt gemäß Vorlage ein und erwähnt, anfangs habe er den Beitritt zur Initiative CO₂Abgabe e.V. als kritisch angesehen. Im Laufe der Zeit, insbesondere nach den eindrücklichen Erläuterungen durch Herrn Dr. Seelmann-Eggebert, Ansprechpartner des Vereins für Kommunen, habe er die Komplexität des Vorhabens verstanden. Im Grunde bedeute es zu erfassen, mit wieviel Energie man wieviel unserer Umwelt verbrauche. Das sei sogleich eine Umkehrung der derzeitigen Besteuerung. Der Klimaschutz brauche unsere volle Aufmerksamkeit und ein schnellst mögliches Handeln. Das Engagement unzähliger Kinder weltweit solle zu denken geben. Es sei daher an der Zeit, sich mit der Materie auseinanderzusetzen und zu entscheiden, ob diese Art von Besteuerung, das geeignete politische Lenkungsinstrument darstelle. Bürgermeister Weber unterstreicht argumentativ die Vorteile der beabsichtigten Änderung der Besteuerung und befürworte insbesondere die steuerrechtliche Erfassung der Umwelt- und Klimaschäden, eine finanzielle Entlastung und Förderung von Unternehmen und Gewerbe, eine Entlastung der meisten Privathaushalte, einen Abbau von Bürokratie, eine Umsetzung von Einsparmaßnahmen sowie eine Förderung dezentraler Technologieversorgung. Der Beitritt zur Initiative CO₂Abgabe sei eine Chance für den Klimaschutz und ein deutliches politisches Signal für die Bundespolitik. Der Mitgliedsbeitrag belaufe sich auf ca. 210 € jährlich.

RH Schwedesky teilt die Auffassung, eine Reduzierung des CO₂ Ausstoßes sei zwingend erforderlich. Jedoch bezweifle er, dass durch den Beitritt zum Verein dieses Klimaziel erreicht werden könne. Er erinnert, durch den Beitritt zum Klimabündnis habe die Stadt Rotenburg sich verpflichtet die vorgenannten Ziele zu erreichen und sollte fortan hierfür einstehen. Der Beitritt zum Verein Initiative CO₂ Abgabe e. V. sei nicht zielführend und müsse auf Bundesebene Vertreter finden.

Landschaftswart Radtke befürworte den Beitritt zur Initiative CO₂ Abgabe e.V. Der Klimawandel sei ein zentrales Thema, dass alle politischen Ebenen betreffe. Er appelliert ein Zeichen zu setzen und der Initiative beizutreten.

Hinzugewählter Andreßen empfehle ebenfalls den Beitritt zur Initiative. Er plädiere für ein politisches Signal mit überörtlicher Wirkung. Ziel solle es für Jedermann sein, den Klimawandel zu bremsen und erinnere an den völkerrechtlich bindenden Klimavertrag aus Paris. Die Veränderungen, auf die sich unsere Bevölkerung einstellen müsse, seien größer als ein Kohleausstieg. Der Klimaschutz müsse im Mittelpunkt unseres Handelns stehen, in der Kommunalpolitik ebenso wie in der Landes- und Bundespolitik. Der Beitritt könne ebenso eine Chance sein, mit vielen Menschen in den Dialog zu treten und sie für den Klimaschutz zu sensibilisieren.

USB Rieß geht auf das Ungleichgewicht bei der Besteuerung von Strom und fossilen Brennstoffen ein. Sie befürworte die steuerrechtliche Erfassung der Umwelt- und Klimaschäden wie von der Initiative CO₂Abgabe e.V. beabsichtigt. Weiter geht sie auf ein Treffen des Arbeitskreises Erdgasförderung ein, das sie nachhaltig präge und berichtet von der unerklärlich hohen Krebsrate der Bevölkerung. Überlegenswert sei, welche Wege es aus dieser Situation gäbe und ob man durch eine Reduzierung der Erdgasförderung ebenfalls die Krebserkrankungen senken könne. Wenn die fossilen Brennstoffe anders besteuert würden, käme man der Lösung ggf. näher. Die Stadt Rotenburg stehe durch die vielen Bohrstellen und Krebserkrankungen als betroffene Kommune dar. Mit dem Beitritt zur Initiative CO₂Abgabe könne

ein politischer Druck ausgeübt und etwas für den Klima- und Gesundheitsschutz bewirkt werden.

RF Dembowski geht auf den Wortbeitrag des RH Schwedesky ein. Die Initiative habe sich eine Limitierung gegeben und sich zum Ziel gesetzt, seine Ausarbeitung zu etablieren und die Bundesregierung zu überzeugen. Auch die Industrie- und Handelskammer seien von den Maßnahmen überzeugt.

RH Martin spricht sich für den Beitritt zur Initiative aus. Der Klimaschutz betreffe jeden einzelnen Bürger.

RH Klee spricht sich für den Klimaschutz aus. Jedoch lehne er den Beitritt zur Initiative ab. Er rate eindringlich davon ab, Lobbyarbeit in Berlin zu unterstützen und fordert Klimaschutzprojekte vor Ort zu fördern.

RF Dembowski bekräftigt, die Initiative CO2Abgabe e.V. entwickle eine Strategie, um der Klimaerwärmung ein wirksames Instrument entgegenzusetzen und weist auf die umfängliche Erläuterung gem. Vorlage hin.

Bürgermeister Weber ermuntert die Umweltschutzausschussmitglieder sich für einen Beitritt zur Initiative einzusetzen und erinnert an die Bemühung als erdgasfördernde Region Rotenburg in Kooperation mit Initiativen gegen Fracking Druck auf die Bundesregierung aufgebaut und einen Erlass eines Fracking-Gesetzes erwirkt zu haben. Einen ähnlichen Weg könne er sich mit der Initiative CO2Abgabe e.V. vorstellen.

RH Purucker zeigt ebenfalls die Bereitschaft, sich für den Klimaschutz einzusetzen. Er rate jedoch ab, der Initiative beizutreten und befürworte die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen vor Ort.

Der Umweltschutzausschuss beschließt bei drei Ja-Stimmen und fünf Nein-Stimmen folgenden Beschlussvorschlag nicht zu empfehlen:

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rotenburg (Wümme) beschließt, der Klimaschutz-Initiative „CO2Abgabe e.V.“ beizutreten.

TOP 6 Änderung der Parkgebührenordnung

VorlNr.
0545/2016-2021

Bürgermeister Weber geht auf den Sachverhalt gem. Vorlage ein. Durch die geplante Änderung der Parkgebührenordnung solle ein Anreiz für die Etablierung von Elektromobilität geschaffen werden.

RH Schwedesky spricht sich gegen die Änderung der Gebührenordnung aus. Die tatsächliche Ersparnis stelle keinen greifbareren Anreiz dar, um auf Elektromobilität umzusteigen.

Hinzugewählter Andreßen unterstützt den Beschlussvorschlag und vertritt die Meinung, dass es sehr wohl eine Verlockung darstelle, auf Elektromobilität umzustellen. Außerdem sei es eine gute Möglichkeit, indirekt für die klimafreundliche Elektromobilität zu werben.

RF Bassen ist anderer Meinung. Sie halte eine Änderung der Gebührenordnung für ein falsches Signal und befürchte indirekt eine soziale Ungerechtigkeit. Wer sich ein teures Elektro-

fahrzeug leisten könne, würde sich auch ohne Weiteres die Parkgebühr hierfür leisten können.

Der Umweltschutzausschuss beschließt mehrheitlich bei einer Ja-Stimme und fünf Nein-Stimmen sowie einer Enthaltung folgenden Beschlussvorschlag nicht zu empfehlen:

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rotenburg (Wümme) beschließt die als Anlage beigefügte 3. Änderung der Gebührenordnung der Stadt Rotenburg (Wümme) für das Parken an Parkscheinautomaten (ParkGO) vom 23.09.1993.

TOP 7 Gestaltungs- und Pflanzplan IGS Rotenburg, In der Ahe

VorlNr.

NSB Quentin stellt den Gestaltungsplan der Außenanlage an der IGS Standort in der Ahe vor. Sie lobt die Zusammenarbeit und Abstimmung mit der Planungsgemeinschaft Nord. Es werde dort eine bienenfreundliche Bepflanzung vorgenommen. Die Flächen würden zudem pflegeleicht angelegt werden.

TOP 8 Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen der Ausschussmitglieder

VorlNr.

TOP 8.1 Jahreswartung - Bohrstation Unterstedt

VorlNr.

Bürgermeister Weber informiert die Ausschussmitglieder über die anstehende Jahreswartung der Bohrstation „Bötersen Z10“ in Unterstedt durch die DEA Deutsche Erdoel AG. Vorbereitend würden Container aufgestellt werden. Zum Einsatz kämen auch Teleskopkräne sowie ein erhöhter Verkehr. Bürgermeister Weber betont, die Öffentlichkeitsarbeit, insbesondere die Transparenz von Informationen seien lobenswert und wirken beruhigend auf die Bürgerinnen und Bürger.

TOP 8.2 Windpark Wohlsdorf

VorlNr.

Bürgermeister Weber berichtet, am 07.03.2019 habe es im Rathaus Rotenburg eine gering besuchte Informationsveranstaltung zum geplanten Windpark Wohlsdorf östlich des Rotenburger Stadtgebiets gegeben. Mit dem geplanten Windpark sei der Stadtrat aufgrund der nahen Wohnbebauung nicht einverstanden gewesen. Die Eröffnung eines Klageverfahrens gegen den Beschluss des Regionalen Raumordnungsprogramms, einen Bereich zwischen Wohlsdorf und Rotenburg zur Vorrangfläche für Windenergie zu erklären, sei jedoch nicht erfolgsversprechend, so dass die Stadt Rotenburg sich entschieden habe, mit Hilfe eines Städtebaulichen Vertrages, eine einvernehmliche Festlegung zu erzielen. Die Baumaßnahme werde die Errichtung von 9 Windkraftträdern mit 250 m Höhe umfassen, die weit über den

Wald hinausragen werden. Eine Anlage könne 4.400 Personenhaushalte mit Strom versorgen, auf alle 9 Anlagen hochgerechnet könne eine Versorgung von 40.000 Haushalte erzielt werden, so dass die Stadt in Hinblick auf die Stromversorgung klimaneutral aufgestellt werden würde. Es werde derzeit von einem Jahr Bauzeit ausgegangen.

TOP 8.3 Einblick über Ausgleichsmaßnahmen

VorlNr.

NSB Quentin gibt einen Einblick über vollzogene und fortzusetzende Ausgleichsmaßnahmen (Ersatzpflanzungen von Bäumen) und stellt den Mitgliedern des Umweltschutzausschusses eine tabellarische Übersicht nach Eingriffsartart, Ausgleich sowie Schutzkategorie zur Verfügung.

TOP 8.4 Bewässerungskosten 2018

VorlNr.

Gartenbautechnikerin Straube äußert sich besorgt über den Klimawandel. Die Stadt habe aufgrund der Hitzewelle im Sommer 2018 1/3 ihrer Pflegekosten für öffentliche Grünflächen ausschließlich für die Bewässerung ausgegeben. Im Durchschnitt belaufen sich die Kosten für Bewässerung auf 10 % des Ansatzes. Dies sei besorgniserregend.

TOP 8.5 Umweltschutzpreis 2019

VorlNr.

USB Rieß geht auf den Umweltschutzpreis 2019 ein und erklärt, es werde nach pfiffige Ideen und Aktivitäten sowie Projekten gesucht. Alle Vorschläge seien in schriftlicher Form bis zum 01. Juli 2019 bei der Stadt Rotenburg einzureichen. Sie freue sich auf eine rege Teilnahme.

TOP 8.6 Stadtradeln 2019

VorlNr.

USB Rieß teilt mit, das Stadtradeln 2019 würde im Zeitraum vom 26.05. – 15.06.2019 stattfinden. Sie hoffe auch auf eine höhere Teilnahme des Stadtrates, um ein starkes Zeichen für den Klimaschutz zu setzen.

Vorsitzende Dembowski schließt die Umweltschutzausschusssitzung um 18.52 Uhr.

gez. Vorsitzende/r

gez. Bürgermeister

gez. Protokollführer/in

Die Vorlagen sind Bestandteil der Niederschrift.